

Wenn dieser Newsletter nicht korrekt angezeigt wird, klicken Sie bitte [hier](#).



**Dr. Eike Frenzel**

Pressesprecher

Telefon (05 11) 30 30 - 41 19

Telefax (05 11) 30 30 - 48 54

Mobil (0172) 5 99 56 32

[eike.frenzel@lt.niedersachsen.de](mailto:eike.frenzel@lt.niedersachsen.de)

[www.cdu-fraktion-niedersachsen.de](http://www.cdu-fraktion-niedersachsen.de)

[facebook.com/CDU.LtFraktion.Nds](https://facebook.com/CDU.LtFraktion.Nds)

[www.youtube.com/cdufraktionnds](http://www.youtube.com/cdufraktionnds)

**Pressemitteilung vom 11.11.2011**

**Nummer: 416/2011**

***Güntzler: Niedersachsens Kommunen brauchen nach Bundeswehrstandortschließungen zügige und unbürokratische Hilfe***

**Hannover.** Niedersachsens Kommunen, die von den Standortschließungen im Zuge der Bundeswehrstrukturreform betroffen sind, sollen von Bund und Land unterstützt werden. Das fordert ein Entschließungsantrag der CDU- und FDP-Landtagsfraktionen, der heute erstmalig im Landtag beraten worden ist. „Wo in großem Umfang Soldaten abgezogen werden, gehen auch Kaufkraft und Arbeitsplätze verloren. Die Kommunen können diese Belastungen nicht allein meistern, daher müssen wir ihnen bei der Bewältigung dieser Folgen unbürokratisch und zügig helfen“, erklärte Fritz Güntzler, innenpolitischer Sprecher der niedersächsischen CDU-Landtagsfraktion. Niedersachsen stehe weiterhin zur Bundeswehr, betonte Güntzler – schließlich sei das Land auch nach der Truppenreduzierung Deutschlands größter Bundeswehrstandort, da Niedersachsens Ministerpräsident David McAllister in dieser Frage erfolgreich mit dem Bund verhandelt habe. Ebenfalls ein großer Erfolg des Ministerpräsidenten sei es, dass Niedersachsen von der ersten Abzugswelle der britischen Streitkräfte nicht betroffen ist.

Man müsse in der Fläche dennoch aufpassen, dass einzelne Kommunen nicht wirtschaftlichen einbrächen, wie Güntzler mit Blick auf die Reduzierung der Bundeswehr-Truppenstärke meinte: „Wir wollen diese Kommunen bei der Nachnutzung ihrer Standorte auch dahingehend unterstützen, dass ihre Entwicklungschancen hinsichtlich der Industrie-, Forschungs- und Tourismusansiedlung sowie in der Schaffung neuen Wohnraums berücksichtigt werden.“

Güntzler begrüßte ausdrücklich den Beschluss der Landesregierung, dass der ‚Interministerielle Arbeitskreis Konversion‘ (IMAK), der sich mit den Folgen des Briten-Abzuges für die Kommunen befasst, auf die von der Bundeswehrstrukturreform betroffenen Gemeinden ausgedehnt werden soll und zudem ein Konversionsbüro beim Innenministerium eingerichtet worden ist, das den Kommunen als ständiger Ansprechpartner zur Verfügung stehe.



**Pressemitteilung als PDF anzeigen**